

DISKUSSION

Friedrich Krabbe*

Die Jasager und die Neinsager

Replik auf Isensee/Neusüß „Der Berliner GEW-Konflikt“

Zwei GEWs existieren in Berlin. Die eine praktiziert Unvereinbarkeitsbeschlüsse, vertritt ihre Mitglieder per Korrespondenz mit dem Schulsenator, organisiert Rektoren und Schulräte nebst Grundschullehrern und Studenten, gewährt einem Senator volle Mitgliedsrechte und einem Studenten die halben. Sie hat Sitz und Stimme im Deutschen Gewerkschaftsbund, ist distinkt gewerkschaftlich und volksverbunden. Die andere – die böse Schwester praktiziert keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse, mobilisiert die Lehrer gegen Mehrarbeitsanweisungen der Schulämter und Rektoren, gegen willkürliche Umsetzungen und Stelleneinsparungen. Kurz: sie tut alles, was die weiland vereinigte GEW auch getrieben hat, und zwar unterm Beschuß einer Handvoll staatsergebener Rektoren, die im anderen Verband die Führungsgruppe stellen. Letzterer GEW ist die DGB-Mitgliedschaft gekündigt, d. h. sie ist zum sektiererischen Hüter schulmeisterlicher Standesprivilegien verkommen.

Wie reimt sich das alles zusammen? Vermittels Theorie (nachzulesen in Neusüß-Isensee ‚Der Berliner GEW Konflikt‘, Prokla 27). Indessen steht die Aussagekraft dieser Theorie nicht ganz auf der Höhe ihrer logischen Organisation. Überprüfen wir sie darum an Hand einiger Betrachtungen zur Lehrer- und Schulorganisation.

Vorab eine Zusammenfassung der Thesen Neusüß-Isensees (nachfolgend ‚Autoren‘ genannt).

Zusammenfassung

Unterm Druck der Sparpolitik ist die Bildungsreform der Stagnation bzw. Restauration verfallen. Ihre ehemaligen Träger in SPD und GEW verfügen über keinerlei Vorstellung von Ursachen und Logik der Rücknahme, geschweige daß politische Strategien bereitstünden, eine von den Kapitalzwängen unabhängige Politik einzuschlagen. Hierdurch entsteht bei den GEW-Altreformern zumindest eine Irritation, die von links zu kapitalisieren wäre, anstatt durch Konfrontationskurs die psychologischen Voraussetzungen für die Repression des Linksradikalismus zu legen und sich als Sündenbock zu offerieren. Zwischen Altreformern und Neuer Linken schwebt noch eine linkssozialdemokratische Schicht, die über die technokratischen Ziele hinaus das bürgerliche Bildungsprivileg zu brechen bereit ist und dabei einen begrenzten Konflikt mit den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führungen einkalkuliert. Eine radikal gefaßte Bildungsreform verkörpert einen kulturellen Anspruch der Arbeiterklasse und taugt zur Grundlage des Gewerkschaftsaufbaus (GEW) und eines breiten Bündnisses von Altreformern, Linkssozialdemokraten und Neuer Linken (incl. DKP/SEW). Die politische Empfehlung lautet, die GEW-Politik auf die inhaltliche Seite der Lehrarbeit zu blenden, die inhaltliche Seite wiederum auf den der Arbeiterklasse nützlichen Aspekt und daran die materiellen Lehrerinteressen zu definieren. Eine vorrangige materielle Interessenvertretung wird für ständisch gehalten, denn Gehaltsprobleme exi-

* an der Diskussion zu dieser Arbeit beteiligten sich Regine Horst, Manfred Scharrer und Boris Fahibusch

stieren nicht und die Arbeitsintensität läßt sich einstweilen individuell kompensieren. Da der Adressat der Reformforderungen Bundes- und Landesregierungen sind, braucht der Druck eine einheitlich zugespitzte Form. Sämtliche politischen Selbstbehauptungsgefechte, gleichgültig ob von rechts oder links provoziert, bilden ein in diesem Zusammenhang hemmendes Moment. Die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ist zwingend, nicht weil sie Vorteile für den Lehrerkampf brächte, sondern weil sich der Lehrerkampf in Verfolgung ihrer Interessen vollzieht. Eine organisatorische Spaltung, die sich auf Grund lehrerinterner Widersprüche herstellt, verdirbt die ganze Taktik, weil die Arbeiter sie nicht nachvollziehen. Das Haupthindernis für die notwendig demokratisch-zentralisierte Gewerkschaftsorganisation und die Bündnisfront bildet die moralisch-politische Motivation der pädagogischen – zumal der linken Intelligenz, die in avantgardistischen Ideologien schmorend, der gewerkschaftlichen Disziplin und praktischen Politik eine ohnmächtige Verweigerungshaltung zukehrt. Im Endergebnis sinkt sie zum Spielball reaktionärer Politik herab.

Die Kritik dieses Ansatzes gliedert sich in drei Teile. Der erste befaßt sich mit dem Privilegienverdacht des materiellen Lehrerinteresses, der Beziehung der Bildungsreform zur Arbeiterklasse und der Typologie des lehrergewerkschaftlichen Kampfes. Teil zwei handelt vom Problem der politischen Moral der Intelligenz, der DGB-Disziplin und dem Dezentralismus der Lehrerkonflikte. Im dritten Teil erfolgt eine alternative Interpretation des GEW-Schismas in Berlin.

I.

Der Privilegienverdacht

Den ständischen Charakter separater Lehrerkämpfe begründen die Autoren mit der Privilegiennatur der materiellen Lage, – verglichen mit der proletarischen. Beiläufig ist dies eine seltsame Bündnispolitik, die dem anzuwerbenden Partner vorab seinen Lebensstandard diskreditiert. Doch das mögen die Strategen mit den Kollegen Schulräten und Rektoren abmachen, die sie dazu breitschlagen wollen. Davon abgesehen ist die Frage sehr berechtigt, ob die Reproduktionsgefechte der Lehrer nur der Pflege eines gesellschaftlich überdurchschnittlichen Luxus gelten.

Verfolgen wir dies an einem Problem, das seit einem Jahr den Privilegienerhalt prägt: die Mehrarbeit. Die Arbeitszeit von Lehrern ist unscharf umrissen. Zwar existiert ein gesetzliches Quantum von 23 - 26,5 Unterrichtsstunden wöchentlich, doch können maximal 5, minimal 1 Überstunde pro Woche abverlangt werden, d. h. die Unterrichtszeit variiert max. um 20, min. um 4 %. Davon sind 3 Stunden monatlich unentgeltlich, ab der 4. Stunde sind sämtliche bezahlt. Die Mehrarbeitsanforderungen unterliegen der Zustimmung der Personalräte, die je nach Zusammensetzung unterschiedlich mitbestimmen, der Berl. Hauptpersonalrat hat generell 6 Mehrarbeitsstunden monatlich akzeptiert, faktisch kommt es häufig zu mehr.

Die Anlässe zur Mehrarbeit scheinen in der Vertretung erkrankter oder fehlender Kollegen begründet, doch erkennt man rasch die Beziehungen zur allgemeinen Einstellungsquote von Lehrern und weiter zur Formbestimmung von Lehrerarbeit überhaupt. Technisch wird die Mehrarbeit über die sog. Springstunden abgewickelt, d. h. den Leerzeiten zwischen 2 Unterrichtsstunden; wieviel solcher Springstunden anfallen, hängt von der Konstruktion des Gesamtstundenplans der Schule ab. Sofern die Springstunden nicht zur Mehrarbeit reklamiert werden, zählt sie zur Freizeit; faktisch sind sie für die Schulen ein Reservoir, um kurzfristige Ausfälle decken zu können. Nun stehen sich 2 Versuche gegenüber. 1. der des Berliner Senats, die Rektoren zu einem umfassenden Einbau von Springstunden zu veranlassen, d. h. die Präsenz der Lehrer an der Schule auszu dehnen. Ausgefüllt mit Mehrarbeit wäre so der durchschnittliche Krankheitsstand von 10 % (nach AOK) aus den vorhandenen Personalbeständen zu ersetzen. Dagegen steht der 2. Versuch, der der GEWler, die Springstunden als Arbeitszeit anrechnen zu lassen. Effekt davon ist die Eröffnung zusätzlicher Lehrerstellen, d. h. ein Absaugen von Arbeitslosigkeit.

Wie das Verhältnis von Springstunden und Neu-Einstellungen – aushilfsweisen und ordentlichen – letztlich aussieht, entscheiden in Berlin die Bezirksschulämter, die einen Extratopf für „Vertungsmittel“ verwalten, bestehend aus 5,4 % der gesamten Personalkosten. In Bezirken mit günstigen Kräfteverhältnissen werden die Vertungsmittel für die Beschäftigung Arbeitsloser eingesetzt, anderswo bekommen die Lehrer Mehrarbeit aufgebürdet. In Schöneberg, einem Be-

zirk mit lebhafter gewerkschaftlicher Infrastruktur, wurde das Bezirksamt z. B. auf eine 50%ige Übergabe der Vertretungsmittel an die Schulen festgelegt, die damit dauerhafte Stellen öffnen, d. h. 2 % mehr Lehrer konnten eingestellt werden.

Offensichtlich ist es ein Unsinn, die in der Arbeitszeit der Lehrer steckende Luft als Privileg aufzufassen, das Kämpfe erübrigt, weil alle dazu laufenden Auseinandersetzungen objektiv um das Verhältnis zwischen der eingestellten zur nicht-eingestellten Arbeitskraft gehen.

Doch hat diese geringere Verdichtung des Arbeitstags noch eine andere Bewandnis. Hauptsächlich in den Grund- und Hauptschulen legen die Lehrer sich ihre Stundenpläne nach Möglichkeit so, daß ein freier Wochentag herauspringt. Damit ist die Gelegenheit zum Entwurf von Unterrichtseinheiten, Studium der Literatur, Besuch von Eltern, Schülern etc. gegeben; Momenten also, die der Arbeit einen gewissen Gestaltungsspielraum offenhalten. Zunehmende Präsenz an der Schule nähert das Unterrichten dem Verschleiß an, entfremdet es seinen Intentionen, bewirkt schlechthin einen qualitativen Sprung. Jener Grad an Tätigkeitsgestaltung wiegt doppelt, weil sie sich auf Umgang mit Menschen bezieht, inhaltlich mithin unverzichtbar ist. Unglücklicherweise lassen die Kinder sich nicht aufs Fließband legen und Kenntnisse an ihren Schädeln befestigen.

Nach Wesen und historischer Veranlagung sind pädagogische (intellektuelle) und industrielle Arbeit nicht aneinander meßbar. Derart gewonnene Prädikate (z. B. ‚privilegiert‘) sind abwegig. Was zählt – vor allem im Widerspruchsempfinden – sind die Bewegungen und Brüche innerhalb des Bezugsrahmens, die auf eigene Weise mit dem Gesellschaftsganzen streiten. Was den Autoren, die solche Verhältnisse als ‚ständisch‘ auszugeben pflegen, vorschwebt, ist eine Art proletarischer Monokultur, die separate Arbeits- und Seinsprobleme von Intellektuellen nur im Bereich des prinzipiell Verdrehten zuläßt.

Dem schleichenden Versuch einer Verdichtung der pädagogischen Arbeit gesellt sich die nötige Kontrolle und Disziplin hinzu, welche die bisher übliche kollegiale Kulanz ablöst. Unterrichtsbesuche von Schulräten, Überprüfung des Krankfeierns, gezielte und bedenkenlose Umsetzungen, Belastung mit Verwaltungstätigkeit spannen die Arbeit in schikanöse Fremdbestimmungen ein, die sie nicht kennt und selbst konservative Gemüter beunruhigt. Hinzu tritt eine Verschleißsteigerung des Unterrichtens, durch die Sozialisationschäden der Großstadtkinder angerichtet, welche den Lebensformen und Kulturtendenzen der Zentren schlechterdings nicht mehr gewachsen sind. Die reine Lärmbelastung eines Grundschullehrers dürfte sich in den letzten 20 Jahren vervielfacht haben. In den Haupt- und allgemeinen Berufsschulen hingegen wird angesichts der schwindenden Einstellungschancen für einen festen Schüleranteil das Lehren und Lernen selbst problematisch. Häufig erfordert hier die reine Selbstbehauptung der Lehrerfunktion einen nachgerade robusten Einsatz; ein Problem das sich Frauen noch zugespitzter darstellt. Was ist daran – wie die Autoren raten – mit persönlicher Geschicklichkeit zu kompensieren? So geschickt sind die wenigsten.

Insgesamt sind die Übel der Schulsituation hochgradig zusammengesetzte und ihre Ursachen verästelt. Wie nervös die Kinder, wie die Eltern sozial gestellt, wie kollegial der Rektor, wie sparsam das Schulamt und wie liberal der Dienstherr ist: das verbindet sich zu einem komplexen Bedingungsgefüge, das sich nur differenziert beeinflussen läßt. Sind die Probleme rückführbar auf einen so zentralisierten und zentralisierenden Vorgang wie die Kapitalzirkulation, lassen sich vereinheitlichte Stoßrichtungen wie Lohnerhöhungen, Arbeitszeit- und Bedingungen unschwer angeben. Unter schulischen Kräfteverhältnissen finden zusammenfassende Parolen kaum einen Ansetzpunkt. Wie, mit wem und gegen wen soll man etwa für die integrierte Gesamtschule kämpfen? Die Lehrer weisen auf die Regierung, die Regierung auf die Eltern, die Eltern auf die Kinder und die Kinder auf die sowieso nicht für sie gemachten Verhältnisse, an denen sie die Lust zum Triebverzicht verloren haben.

Indem man ein zugerechnetes proletarisches Interesse an der Bildungsreform wie eine Käseglocke über das Ganze stürzt, hat man den einheitlichen Nenner auch nicht erfunden.

Arbeiterklasse und Bildungsreform

Aus dem Sumpf der Standesinteressen herauszufinden, verweisen die Autoren auf die Durchsetzung der Bildungsreform gegen die krisenbedingten Kapitalzwänge. Hier zentrieren sie ihre we-

sentlichen Empfehlungen: 1. ist damit die kulturelle Emanzipation der Arbeiterklasse tangiert; 2. laufen darüber die Bündniskonzepte mit den Altreformer; 3. resultiert daraus die demokratisch zentralisierte Organisationsform, denn anders sind Staat und Regierung gar nicht anzusprechen. Daß die Lehrer selbst ansprechbar sind für diese Strategie und sich vom Hintern ihrer Privilegien dafür erheben, wird von den Autoren leider nicht erörtert. Zunächst soll aber interessieren, ob der glückliche Adressat dieser Politik – Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse – ihr halbwegs zugänglich sind.

Bekanntlich hat sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor der APO selbst für die Lehrlingsfrage bestenfalls in Festreden interessiert, geschweige denn für das allgemeine Bildungssystem. Die Hinnahme des Berufsbildungsgesetzes deutet auf keine höhere Sensibilisierung hin; die Forderung nach dem 10. Schuljahr geht gerade soweit, wie es die Arbeitslosigkeit bemängelt. D. h. eine den hautnächsten Reproduktionszusammenhang übersteigende Realpolitik steht nicht auf dem Programm.

Zudem stellt die sozialdemokratische Bildungsreform für die Arbeiterklasse ein durchaus gemischtes Vergnügen dar. Die Autoren, die ihre Stagnation rein durch die Sparpolitik erklären, versäumen, nach ihrem gesellschaftlichen Scheitern zu fragen. Wird überhaupt das bürgerliche Bildungsprivileg gebrochen, wenn man die Zugänglichkeit zu einer Bildung egalisiert, die ihr Erfolgserlebnis in der Anzahl der Arbeiterkinder beim Abitur und auf den Universitäten besitzt?

Peter Glotz hat dies jüngst – mit stolzen Zahlen ausgerüstet – bilanziert. Die damit einhergehende Entwertung der Ausbildung jener Arbeiterjugend, die sich nicht bis oben durchschlägt, und damit zum Handlanger bzw. Arbeitslosen taugt, hat er vergessen mitzurechnen. Was die verprellten Altreformer auf gut sozialdemokratische Art erstrebt und erreicht haben, ist die größere Beteiligung der Arbeiterklasse am kulturellen Betriebsvermögen. Wobei ein gutbürgerliches Abitur und Diplom abfallen mag, die gutbürgerliche Karriere hingegen zumeist ins Wasser fällt.

Trotzdem setzen die Autoren wie natürlich voraus, daß eine Reform der Schule qua Nötigung staatlicher Bildungspolitik erfolgt, um Geld und Schwung herauszuschlagen. Ist jedoch die alternative Schule unverändert Staatsanstalt, anderer Unterricht zwingend Rahmenrichtlinie? Sind die realen Agenten des Schulbetriebs – Lehrer, Schüler, Eltern – nicht die vordringlichen Adressaten von Umwälzung? Muß nach allen Erfahrungen die Gewerkschaft, um Reform zu machen, nicht unter ihnen andere Beziehungen freisetzen helfen, ehe sie nach Staatsintervention schreit?

Angenommen, das Zerbrechen des Bildungsprivilegs hieße die Auflösung jener formal-kognitiven Qualifikation, die sich per Distanzierung vom eigenen Erfahrungs- und Lebensraum einstellt; hieße die Aufhebung des Widerspruchs von Lernen als fortschreitender Erkenntnis und Lernen als restriktivem sozialem Prozeß, hieße die Abschaffung der Individualität von Leistung, die sich als gleichgültig angeeignetes Können gegen einen zertifizierten Status austauscht; hieße pauschal: Aufarbeitung gesellschaftlicher und persönlicher Erfahrung der Lehrer-Schüler, Schließung der Belehranstalt, Entschulung! Dann stellen sich die staatlich getroffenen Reformmaßnahmen demgegenüber mehr als fragwürdig dar.

1. hat die Durchlässigkeit der Schulstufen nicht die ‚Unterprivilegierten‘ emanzipiert, sondern das Leistungsprinzip, das sich als generalisierter Maßstab gegen die bornierten Sozialisationsfälle durchsetzt. Übrig bleibt der Sozialfall. Auf dem gemeinsamen Nenner eines begrifflich-operationalisierenden Intelligenztypus ist die egale Konkurrenz der Individuen angefacht. 2. hat die Curriculumsentwicklung Lernen als methodischen Prozeß organisiert und damit in allen Elementen kulturpolitischer Steuerung unterworfen. 3. zielt die soziale Einbindung von Lehrinhalten nicht auf Erziehung zu gesellschaftlich-konkreten Übereinkünften der Individuen, sondern auf routiniert-vernünftiges Konfliktverhalten im Verteilungssystem. Das steht als Modell so bombenfest wie ehemals der marktgesteuerte Gesellschaftstypus, wo noch die Ideologie vom gleichen Tausch zwischen schulischer Tüchtigkeit und sozialem Erfolg was galt. Soweit dieser Flickenteppich ungleicher Maßnahmen und sich durchkreuzender Effekte einen Sinn ergibt, dann den der Anpassung an die fortschreitenden kapitalistischen Formen von Vergesellschaftung.*

* vgl. U. K. Preuß, *Bildung und Herrschaft*, Frankfurt 1975; und: F. Krabbe, *Teilung der Einheitsgewerkschaft*, Berlin (Oktober) 1977

An welchen Ambivalenzen eine progressive Pädagogik hier immer anzuknüpfen hat: bestimmt nicht an der etatistischen Seite von Strukturpolitik nach dem Geschmack der Altreformer, die sich für jede Unterwühlung der Staatshoheit über die Schule bedanken.

Doch nicht genug damit, daß eine nüchterne Modernisierung zur Reform verklärt wurde; die sozialen Schranken lassen selbst das nicht zu. Statt daß eine Fraktion Arbeiterkinder den Aufstieg schafft, kehrt sich das Bürgertum wutschnaubend gegen ein System das ihren Nachwuchs unter Konkurrenzdruck setzt, die Auslese behindert und ein akademisches Proletariat erzeugt, das periodisch den Aufstand probt. Der Klassenantagonismus, den die Reform doch nivellieren wollte, knallt von oben auf die verdutzten Sozialdemokraten runter, die nun am liebsten von nichts mehr wissen mögen und irgendwas von ‚der Bevölkerung vermitteln‘ murmeln, worin sie bekanntlich große Meister sind. Was denn die Perspektiven einer Reform sein sollen, die einerseits durch ihre bildungsbürgerliche Schlagseite unverkäufliche Existenzen produziert, andererseits die Mehrheit der Bevölkerung in ihrem Schatten stehenläßt und zum dritten die alarmierten Bürger und Kleinbürger Schule und Öffentlichkeit aufputschen läßt, ohne daß man ihnen was entgegenstellen könnte als gestreifte Kinder, staatsverdrossene Lehrer und desinteressierte Arbeitereltern: das dürften auch die angeregten Kommissionen von GEWlern und Metallern schwerlich lösen.

Entweder, die Reform reformiert sich in radikaler Weise, dann braucht sie ein anderes Bündiskonzept, oder sie sucht sich innerhalb des vorgeschlagenen Bündiskonzeptes zu bewegen, dann kann man sie nicht zum proletarischen Interesse deklarieren. Emphatisch, wie die Autoren den Einsatz der Lehrer für die arbeitende Klasse propagieren, lassen sie seinen materiellen Inhalt ganz vermissen. Und der realpolitische Weg unter den vorgefundenen Verhältnissen? Zwar sind die progressiven Momente der Reform – die prinzipielle Problematisierung von Leistungs- und Ausleseverfahren – am Nadelöhr der unverrückten ökonomischen und Sozialverhältnisse schon wieder in ihr Gegenteil umgeschlagen: negative Auslese der nicht am Wettkampf Teilnehmenden und verschärfte Leistungskonkurrenz unter den nunmehr auf erweiterter Basis sich Qualifizierenden. Doch haben die Lehrer begrenzte Möglichkeiten, auf individueller und kollektiver Grundlage einen fortschrittlichen Unterricht zu probieren und dafür auch auf institutionelle Voraussetzungen zu drängen. Nur unterscheidet sich dies dem Sinn und der Taktik nach vom ‚Durchsetzen‘ einer sozial verunglückten Reform gegen die ‚Kapitalzwänge‘. Eine radikale staatliche Bildungsreform und ebenfalls eine bloße Fortführung dessen, was jetzt dafür gilt – stößt an die Bewegungslosigkeit der Produktionsbeziehungen. Zu glauben, die Arbeiterbewegung, die diese Beziehungen weder angesichts von Krise noch von Repression in Frage stellt, ausgerechnet durch Bildungsforderungen der GEW anzustacheln, das ist eine offene Illusion. Die Lehrer auf Grund solcher Perspektiven zu einer eingeschränkten Interessenvertretung bewegen zu wollen, bedeutet eine einfältige Selbstüberhebung von Taktik.

Typologie des lehrergewerkschaftlichen Kampfes

Die Autoren entwerfen – als Inbegriff der Klassenmacht – das Bild einer demokratisch zentralisierten Einheitsgewerkschaft, begründen ausführlich, warum der Schulbetrieb nicht reif genug ist, sie hervorzubringen und stellen sie alsdann verpflichtend dem Realgeschehen gegenüber, weil das die ausgedachte Taktik zwingend so verlangt. Hat man zuvor schon die ständische Interessenslage ausgewechselt, folgt nun das Organisationsmodell. Doch *wie* der Austausch zwanglos von-statten gehen soll, bleibt das Geheimnis jener Realpolitik für unsichtbare Interessenten. Halten wir uns indessen an die durchschnittliche Konfliktgestalt.

In der Schule ergeht eine Anweisung auf Mehrarbeit, ein Bildungsurlaub wird verweigert, eine disziplinierende Umsetzung oder eine schikanöse Kontrolle verfügt. All dies nicht im Gewande unternehmerischer Willkür sondern geltender Gesetze. Zunächst besteht Unsicherheit über Gesetzesbuchstaben und -auslegung. Dann weiß man gewöhnlich nicht, ob man was dagegen machen kann. Anders gesagt: Aktion und Reaktion der Arbeitsgegner sind nicht so formalisiert, von tradiertem gegenseitigen Kennen und Argwohn geprägt wie in der Großindustrie. Es schießt nicht alles gleich zu Strategie und Taktik zusammen, was unbestimmt als faul gerochen wird. Beiderseits schwelt eine Kampfhaltung, die ihre Regelhaftigkeit soeben einstudiert. (Die Exegetik in Sachen Beamtenstreikrecht ist kennzeichnend für einen seine Verläufe unsicher abtastenden

Konflikt.)

Erkennen die Betroffenen die ihnen zudiktierten Maßnahmen als veränderbar, beanspruchen sie die Gewerkschaft. Die Nebenstehenden sagen: „Da müßte die Gewerkschaft mal was gegen tun.“ Die Leidtragenden kennen eine Handvoll Kollegen, die sie mit der Gewerkschaft identifizieren, und von denen sie Auskünfte über vergleichbare Fälle, Reaktionsweisen des Schulamts und Risiko einholen. Der Gewerkschaftsvertreter empfiehlt einen Gegenzug, vermittelt Kontakte, – was dabei rauskommt spricht sich rum und gewisse Abwehrmuster beginnen sich zu verallgemeinern. Die das erfahren haben, besuchen die bezirkliche Mitgliederversammlung, sind disponibel für die Vorbereitung kleinerer Aktionen, etwa die Einberufung einer außerordentlichen Personalversammlung zur Mehrarbeit. So konstituieren sich Kräfteverhältnisse.

Anders als in der Industrie hat der Konflikt noch keine gewissermaßen von seinen Trägern abgelöste Gestalt, keine überpersönliche-historische Dimension, die zudem als durchschnittliche Verkehrsform gesellschaftlich konzediert wäre. Die Initiativen gehen einstweilen auf die Knochen couragierter Privatpersonen, die selber zusehen, was sie sich noch in den Rücken stellen können. Die Gewerkschaft als Apparat ist zu Kampfmaßnahmen am Arbeitsplatz überhaupt nicht gerüstet.

Hingegen läuft der industrielle Arbeitskampf unter weitgehend vorgefundenen Fronten ab, in Mechanismen, in die der Einzelne als in erworbene Potenzen der Klasse hineinwächst. Die *Zentralisierung* derlei verfügbarer Teilaktionen ist und bewirkt und etwas anderes, als wenn sie Generalstäbe für nicht vorhandene Truppen aufschlägt.

Was in der GEW durch das Erlernen von Widerstandsaktionen hindurch sich abspielt, ist die Rekrutierung einer halbwegs tragfähigen sozialen Basis als einer de facto gewerkschaftlichen, d. h. zum Arbeitskampf bereiten. In diesem Konstitutionsprozeß ist eines förderlich und eines hinderlich. Förderlich ist ein Netz handlungsbefugter mittlerer Vertrauensleute, die das Abwehrpotential richten und zusammenfügen helfen. Hinderlich ist die innergewerkschaftliche Präsenz der Paladine der Lokalregierung und der Schulvorgesetzten, die lustig darüber befinden, ob sie bestreikt, beklagt oder denunziert zu werden wünschen. Wer den von unten auf erfolgenden Vergewerkschaftungsprozeß in der GEW ernst nimmt, muß auch die Ausdifferenzierung von Arbeit und Kommando wollen, und dem ‚widerlichen Filz‘ von Lehrer- und Regierungsinteressen in den gewerkschaftlichen Chefetagen nicht die Organisationsfrage überlassen.

Es gibt einen kreuzbraven Glauben, mit SPD und DGB den demokratischen Staat zu stützen und dabei rauszuholen, was rauszuholen ist. Aber im DGB sich Hände und Maul verbinden lassen, um ebenjenem Staat die größten Hiebe zu versetzen – um das zu glauben muß man in Westberlin Marxismus studiert haben. Zumindst gibt es außer dieser Schicht keinen, der das macht.

II.

Zur politisch-moralischen Motivation der Intelligenz

In der moralischen Natur des politischen Interesses erblicken die Autoren die Quelle des linken Fehlverhaltens. Dieser an sich ja nicht denunziativen Kategorie unterliegt eine Vorstellung von *nicht-moralischem* politischem Interesse, das zwingend aus der materiellen Lage hervorgeht. Letzteres ist das solidere.

Verblüffend an dieser Konstruktion ist, daß die Autoren ihr Plädoyer für DGB und Arbeiterbewegung offensichtlich für nicht moralisch halten und dem Dilemma entronnen zu sein glauben, indem sie sich schlankweg einer Arbeiterbewegung anheimgeben, der man moralische Beweggründe schlecht nachsagen kann. Als ob die aus der moralischen Existenz der sozialistischen Alternative in Deutschland hervorgehenden Deformationen geistige Defekte des intellektuellen Milieus wären, und nicht das Versagen der deutschen Arbeiterbewegung mitreflektieren. Was der Rückgriff darauf am Problem ändert, ist unerfindlich. Letzten Endes garantiert weder die materielle noch die moralische Grundierung von Bewußtseinsformen deren Richtigkeit. Die Herkunft des ‚falschen‘ Bewußtseins ist eine ganz andere Angelegenheit und von daher gar nicht erklärlich. Es sei denn, man wollte das ökonomisch Wohlverhalten und totale Desinteresse der deutschen Arbeiterklasse am Abbau der demokratischen Verfassung für ‚richtig‘ ausgeben. Das falsche Bewußtsein ist momentan das allgemeine und wird im Zustand des intellektuellen Selbst-

verdrusses auch nicht besser.

Darüberhinaus ist aber noch sehr die Frage, ob man die intellektuelle Kritik an den gesellschaftlichen Beziehungen im Kapitalismus als moralisch in dem Sinne aufzufassen hat, daß sie jenseits der materiellen Reproduktionssphäre der Individuen spukt. Schließlich reproduziert sich nicht allein der Bauch sondern ebenfalls ein kulturelles Element, das im vorliegenden Falle die Reproduktion des Intellektuellen als Intellektuellem ausmacht. Erfährt dieser Reproduktionszusammenhang eine Krise, können sich maßgebliche Impulse nicht mehr mit der Gesellschaft austauschen, dann ist die materielle Substanz einer solchen Schicht ruiniert. Ihr Profil zerfällt in Psychopathologie, Zynismus und weltanschauliche Hysterien.

Die Androhung des Ruins erlebte die Lehrerfraktion der kritischen Intelligenz nicht zuletzt im GEW-Zusammenhang. Bei ihrer Analyse des Lehrersstands landeten auch die Autoren bei einem Zersetzungsprodukt: dem unfreiwilligen Linkssektierer. Ihr Anschauungsgegenstand ist dabei offenkundig die Vertreterversammlung der GEW-Berlin, bzw. deren linke Mehrheitsfraktion. Die Borniertheit des linksintellektuellen Sendungsbewußtseins soll die GEW-Spaltung vollzogen haben. Der Verbleib einiger Tausend Lehrer im ausgeschlossenen GEW-Verband läßt allerdings weitreichendere Gründe vermuten. (Erwähnen wir nebenher, daß der Berliner Altverband zusätzlich von der Hamburger GEW-Organisation als unverändert legitimer betrachtet wird und vergessen wir nicht, daß er politisch wahrlich nicht der Ultra-Linken zuzählt. In die DGB-GEW marschiert sind die SEW, ein Teil der Linkssozialdemokraten und eine SB-Fraktion, die faktisch diese Gründung tragen, wenn auch nicht führen. Den Altverband unterhält ein politisches Amalgam von Radikaldemokraten diverser Herkunft, die ihre Verweigerung gegenüber der DGB-Disziplin gewiß nicht aus dem avantgardistischen Ehrgeiz beziehen, den die Autoren dafür haftbar machen wollen. Die K-Gruppen, die sich diesen Schuh gut anziehen könnten, finden dort so gut wie keine Unterstützung. Der KBW wäre viel lieber in der Einheitsgewerkschaft, wenn er dort nur hineinkäme.) Die Moral der Verweigerung bleibt insofern erst noch zu erklären. Der Ansatz der Autoren, sie aus dem politischen Schicksal des intellektuellen Avantgardismus zu entwickeln, folgt im Grund jener Vorstellung einer Selbstbewegung der politischen Moral, die sie im Endergebnis ablehnen: Sie proklamieren einen Privilegienstatus der Intelligenz, indem sie die psychischen und ideellen Momente der Verhältnisse ausklammern, um sie alsdann unterm Begriff der verselbständigten Moral hervorzuziehen und abzukanzeln.

Dabei läßt sich die Haltung der betreffenden Fraktion der pädagogischen Intelligenz ohne allzuweit auszuholen als Interessenbild ihrer materiellen Verhältnisse deuten, das vom Austausch und Verkehr mit ihrer Sphäre abrupt abgeschnitten wird: das Interesse an Kritik und Andersdenken, an Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung. Da in den Schulen der Zugriff auf die gestaltenden Momente der Tätigkeit wächst – nach der Seite ihrer Kontrolle wie nach der Seite ihrer Verdichtung wächst – und Zwangscharakter gewinnt, da weiterhin Unterrichten inzwischen unter öffentlicher Aufsicht konservativer Elternfraktionen stattfindet, die stur die Konkurrenzvorteile ihres Nachwuchses durchbeißen und jede progressive Pädagogik denunzieren; da die Verwahrlosung der Kinder die Entfaltung von Lehrtätigkeit lähmt; da das Disziplinarrecht abweichendes Verhalten wachsamer erfaßt und sich unterwirft; da die Amtshierarchie vom Rektor bis zum Dienstherrn sich ihrer Fürsorge- und Sachfunktion entschlägt und in argwöhnische Instanzen des Kommandos verkehrt; da Lehrerarbeitslosigkeit und Berufsverbote jenen beklemmenden Druck zur Konformität erzeugen; da die Summe dieser Zwänge in die eher paternalistisch-liberale Sphäre des Schulwesens einbricht, – vor allem natürlich die kritischen Potenzen der jüngsten Generation der pädagogischen Intelligenz rundum zu ersticken sucht: Darum droht ein ausgeformtes Profil des städtischen Junglehrers – seit mindestens 20 Jahren eine grundsätzlich demokratische, bürgerlich-selbstbewußte, anti-reaktionäre Figur – allgemeiner Repression zu verfallen. Der Schulapparat ist anscheinend fest entschlossen, diese Figur fortan nicht mehr zu reproduzieren. Da man Mittel weiß, es zu verhindern, will man die bislang vom Konjunkturverlauf relativ unabhängige Schicht schulisch-akademischer Intelligenz nicht ewig klagend lassen, daß die Gesellschaft in chancenungleiche Stände zerfällt, Leistung unsolidarisch und repressiv ist, der Staat sich als reformunfähig erweist und man die demokratisch gewählte Regierung durch Streik unter Druck setzen kann. In der Figur des kritischen Lehrers erhält das linksintellektuelle Bewußtsein die Form einer kontingenten, organisationsfähigen Massenexi-

stanz, die durch hauptsächlich außerökonomische Gewalt zu zerschlagen ist. Eine Gewalt, die die geistig-professionellen Potenzen des Standes einkreist, und objektiv von den anarchischen und krisenökonomischen Systemtendenzen begleitet und unterstützt wird.

Es ist hier eine ganz spezifische Bühne aufgeschlagen, auf der auch die Moral des gewerkschaftlichen Verhaltens spielt. Hier nach Motiven zu suchen, die die Verweigerung der DGB-Disziplin erklärlich und diskutabel macht, haben sich die Autoren glatt geschenkt. Sie beklagen die Einäugigkeit der Berliner GEW-Linken vor der Tatsache CDU-regierter Länder. Was man allerdings gewerkschaftlich dagegen unternehmen kann mit GEW-Verbänden sozialdemokratisch regierter Länder, wo schulische, politische, administrative und gewerkschaftliche Gruppen in einer Dichte verfilzt sind, daß die Bezeichnung ‚Gewerkschaft‘ der reine Schwindel ist, das steht nicht dabei. Die bildungspolitische Vernunftsehe mit den altreformerischen Spitzenpolitikern der GEW in der SPD kann punktuell nichts schaden. Doch sofern sich die Partner im schulischen Alltag auf Verfolger- und Verfolgtenseite verteilt sehen (ideologischer Anhang inbegriffen) dürfen sie doch eher ihren natürlichen Neigungen folgen.

Jenseits des DGB

Ihre Kritik an der Unterhaltung eines gewerkschaftlichen Lehrerverbandes außerhalb des DGB stützen die Autoren auf 2 Argumente. 1. sei man dem gegnerischen Interesse nach Spaltung der Einheitsfront der Lohnabhängigen aufgesessen; 2. bleibe außerhalb der gewerkschaftlichen Dachorganisation der Arbeiterklasse nur noch das Los eines korporativen Standesverbandes.

Mit mehr Logik läßt diese Qualifikation sich auf die GEW/DGB anwenden. Dort ist die Einheit der Lohnabhängigen de facto durch die Vermischung mit der Arbeitgeberseite gespalten, was eben das Kriterium einer Korporation ist. Der vertikale Charakter dieses Verbandes ist ein Spaltungsfaktor erster Güte, weil der äußere Antagonismus der Arbeitsgegner sich als inner-gewerkschaftlicher Konflikt gewandelt. (Zur Fraktion der Rektoren und Schulräte zählen natürlich auch die Lehrer, die es auf Beförderung abgesehen haben). Ein weiteres gewerkschaftsfremdes Moment besteht darin, daß die Arbeitsverhältnisse der Beamten durch Gesetzgebung ‚demokratisch gewählter Parlamente‘ geregelt sind, was nach herrschender Meinung gewerkschaftliche Kampfmittel nicht nur überflüssig, sondern nachgerade verfassungswidrig macht. Die demokratische Legitimation der dienstherrlichen Verfügung ist jenseits des freien Spiels der ‚Tarifpartner‘ durch die Staatsautorität vorab garantiert. Wie das in korporativen Verfassungen so zu sein pflegt. Zwar hat die GEW das Streikrecht in der Satzung verankert, wagt es jedoch nicht anzuwenden sondern ringt sich ab und an zu einer Urabstimmung durch, die konsequenzenlos die Funktion eines Lehrerreferendums zu strittigen Fragen besitzt. Der Marburger Bund riskiert mehr. Die so gegebene Verquickung von Staat und Gewerkschaft hat ihre Sublimationsebene in der Dominanz der Sozialdemokraten, die sich als Regierung und Gewerkschaft logischerweise nicht selbst bekämpfen. Ein paar Scharmützel unter Genossen inbegriffen.

Diese Funktionsbeschränkung des Verbandes ist keine partielle Schwachstelle, sondern greift auf andere Bestimmungen über. Mangels formalisierter Arbeitskämpfe und -Konflikte hat die GEW auch keine professionelle Bürokratie herausgebildet, die materielle Resultate erbrächte, so lahm auch immer. Was den Lehrern an praktischem Schutz angedeiht, läuft über die Personalräte, d. h. auf relativ breitgestreuter, dezentralisierter Ebene, die kaum im Apparat zusammenkommt. Die gewerkschaftliche Obrigkeit ist entsprechend ihrer dünnen Funktionsbasis relativ schwach und damit in der Gefahr, die Initiative an eine mobile Basis zu verlieren. Bei einem passiven Mitgliedersockel kann sie einen durchaus progressiven Vereinsvorstand stellen; Neusüß/Isensee haben dies an Hand der Pionierzeit der Bildungsreform treffend charakterisiert. Entsteht jedoch von unten her gewerkschaftliche – den Dienstheerrn bekämpfende – Initiative, kommt es zu Diskrepanzen mit dem vergleichsweise ohnmächtigen Vereinsvorstand. Solche Spannungsverhältnisse sind zu allen sich gewerkschaftlich entwickelnden Landesverbänden nachzuweisen: Hamburg, Bremen, Hessen, Berlin und Bayern.

Selbst innerhalb von Landesverbänden läßt sich unten relativ flott agieren, während oben noch ein konservativer Vorstand thront. So hatte in Berlin zu Dietrich Schaeffers Zeiten die Linke bereits in Charlottenburg den Vorstand, in Neukölln die Mitgliederversammlung erobert, von der Fachgruppe Grundschule aus unter Leitung von E. Kujawa die Kleine-Kinder-Klassen-Kam-

pagie gesteuert, ehe sie ins Büro einzog. Gerade das ermöglicht den für Gewerkschaftsführer ganz unvertrauten demokratischen Wechsel. In der zentralisierten Industriegewerkschaft gilt in ganz anderem Umfang das Prinzip, daß von unten gewählt und von oben Politik gemacht wird. Dies wegen der ungleich höheren Autorität und Integrationskraft, die der Apparat über seine Verhandlungserfolge ausübt. Dieselben werden mit der erforderlichen Mitgliederloyalität in der Regel einen Gleichgewichtszustand anstreben. Hingegen gebietet die GEW-Bürokratie erst über gar keine Verhandlungsmasse und muß sich ihrer Loyalität entweder über die Passivität der Mitglieder oder durch ideologische und disziplinarische Kontrolle versichern. (Das reaktionäre Gezeter von der Unterwanderung der GEW besitzt seinen realen Boden. Die IG Metall ist gegen sowas besser abgedichtet.) Kurzum: die Anwendung gewerkschaftspolitischer Allgemeinplätze auf die GEW ist mit der größten Vorsicht zu genießen, weil hier die Abstände zur durchschnittlichen DGB-Gewerkschaft von vornherein größer sind als die Gemeinsamkeiten. Die Autoren lasten die Abstände bloß der materiellen Lage und Bewußtseinsverfassung der Lehrer an, wollen die zentralistische Disziplin hingegen per Prinzip gewahrt wissen.

Indessen ist dies ja ein Anspruch, den nicht die Theorie, sondern der Deutsche Gewerkschaftsbund den GEWlern aufrängt. Die Durchsetzung der Zentralisierung soll weiter unten näher betrachtet werden. Soviel sei jedenfalls verraten, daß hier die Art der Ansprache den GEWlern eine Vorstellung von den Absichten erteilt. Die Erfahrung des politischen Nutzens von Zentralisierung, die die Autoren den ständisch befangenen Lehrern absprechen, haben diese am erpresserischen Charakter der Frister-Intervention machen dürfen; jedoch in negativer Form. Die 8000 Mitglieder der Alt-GEW verweigern sich den Sirenentönen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht, weil ihnen die Resultate konzentrierter Kampfkraft abgehen, sondern weil sie darauf verzichten, ihren demokratischen Kampf undemokratisch zu führen. Welchen Sinn hat es, sich der Bonzenautokratie im DGB taktisch zu beugen, den Konkurs der politischen Demokratie hingegen zu denunzieren?

Das demokratische Empfinden an den Schulen richtet sich gegen willkürliche Unterdrückung pädagogischer Initiativen, gegen den Kommandoton der vorgesetzten Stelle, gegen die Zwangseinteilung einer bis dato sinnvoll disponierten Arbeitszeit, gegen die Kontrolle selbst nicht kontrollierbarer Behörden, gegen die Erstickung spontaner Defensivaktionen, die Verteufelung und Vernichtung Einzelner und einzelner Gruppen, kurz: gegen eine im Namen von Volkswohl, Ökonomie und Effizienz täglich selbstherrlicher auftrumpfende Zentrale. Die ihre eigene Verfassung zynisch bricht, Gewohnheitsrechte herstellend, die nur durch Einschüchterung, taktische Vorbehalte und die Hoffnung auf eine irgendwann erfolgende Quittung erduldet werden. Gefordert ist die Abstraktion von sämtlichen gebildeten Überzeugungen, Zielen und Methoden zugunsten eines allseits ausposaunten Realitätsprinzips, das – wenn nicht durch unmittelbaren Zwang – nur über Einsicht in irgendwelche objektivierten Geschichtsverläufe akzeptabel ist. Als Ideologie des Überwinterns, der Bewegungslosigkeit und des Quietismus offerieren sich die langfristige Listigkeit von Strategie und Taktik. Unterdessen zeigt sich die Reaktion voll auf der Höhe geschichtlichen Handelns, dies allerdings allein als Reaktion, nicht als Gestalterin der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Arbeiterklasse – dem orthodoxen Geschichtsbilde nach Garantin demokratischer Verkehrsformen – fügt sich in die neue Rolle als Versorgungsobjekt im sozialen Verteilungssystem. Ist weniger zum Verteilen da, wird Angst entbunden, die als Manövriermasse autoritärer Politik flottiert. Die Gewerkschaften ringen weniger Brust an Brust mit Kapital und Staat, als daß sie in der Verteilungs- und Umverteilungssphäre antichambrieren gehen.

Und wer sind stattdessen die Anwälte jener herrschaftsgeschützten Freiheitsräume, der demokratisch verfaßten Betätigungsfelder politischer Subjekte? Was immer ihrem äußeren und innerlich-moralischem Verfall entgegentritt, kommt außerhalb der Reihen der Arbeiterbewegung zustande. Sei es die Kampagne gegen Berufsverbote und Staatskontrolle, sei es die Bevölkerungsbewegung gegen die Verwüstung der natürlichen und Lebenswelt. Längst hat sich ein politischer Raum jenseits der ererbten Fortschrittsapparate und der lächerlichen Sektenszene eröffnet. Ein Raum, der einem Widerstandsbedürfnis vielfältiger, in ihrer Integrität verletzter Schichten genügt, die nach schematischer Einteilung als ständisch, lokalborniert, moralbeladen und klassenindifferent gelten können. Interessant ist aber nicht ihr Platz innerhalb der Begriffshierarchie, sondern gegenüber der gesellschaftlichen Reaktion. Was da an mannigfaltiger Bewegung zusam-

men- und auseinanderläuft begründet kein populistisches Weltbild; es ist nur das, was – wie seinerzeit die APO – unter anhaltender Lähmung der deutschen Arbeiterklasse der Kapitalbourgeoisie noch politische Handlungsschranken mittel.

Die Autoren registrieren die GEW-Spaltung noch im Bild der verflorenen Ghettoisierungstendenzen der K-Periode, dergegenüber eine Taktik innerhalb der Massenorganisationen unschwer zu begründen ist. Nach Kontext und Gebärde aber zählt die Separat-GEW zu jenem partialen gesellschaftlichen Kampf um Selbstbestimmung und demokratischen Verkehrsformen, an dem die tradierte Arbeiterbewegung nicht teilnimmt, es sei denn auf der anderen Seite der Barrikade. Die Funktion der DGB-Disziplin gegenüber dem außer-institutionellen politischen Raum, den nicht gescheiterte Sektenexistenzen sondern sich politisierende Mengen bevölkern, ist schon nicht mehr so von oben herab zu legitimieren, wie gegenüber dem ausgedienten Avantgardismus. Dem Widerstandarsenal außerhalb der Abwicklung des gesamtgesellschaftlichen Sozialplans gegenüber vertritt der DGB zugestandenermaßen die herrschenden Verhältnisse. Vorneweg nach innen.

Die Autoren, die laufend rhetorische Fragen nach den Inhalten der Politik stellen, die man denn in der vollkommenen gewerkschaftlichen Selbstbestimmung hätte treiben wollen, können leicht zufriedengestellt werden: Die ungehinderte Debattierung einer demokratischen Abwehr gegen den Dienstherrn *ist* bereits ein Inhalt, und zwar ein solcher, worauf der und seine Tintenknecchte alle Rohre richten. Angesichts der jüngsten Ausformung der bürgerlichen Herrschaft, wozu nicht zuletzt der zugreifende Autoritarismus der Verwaltungen zählt, sind Selbstbestimmungsformen Kampfziele ersten Ranges. Anders die Autoren, die sie als Vehikel von ‚Politik‘ auffassen, die ganz nach Konjunktur dann auch andere Vehikel legitimiert. Das Disponieren über demokratische Verhältnisse zugunsten von Teilzielen ist bekannt und bekanntlich abzulehnen. In solchen Argumentationen hat nicht zuletzt die Arbeiterbewegung eine Erfahrung und sicher nicht die beste. Der DGB mit seinen Unvereinbarkeitsbeschlüssen, dem von ihm gewährten Spielraum für innergewerkschaftliche Demokratie und seiner mürrischen Komplizenschaft mit der Restauration ähnelt zu sehr mit den Verhältnissen, die die Lehrer im Verwaltungsapparat bekämpfen. Doch erwehren sie sich nicht allein der Vergewaltigung der politischen Moral sondern auch offensichtlich der ihrer Kampfbedingungen.

Kampfbedingungen und Dezentralismus

Wir sahen, daß während die Autoren in der Bildungsreform die Transformation der GEW zur Gewerkschaft suchen (ohne sie zu finden) sie auf ganz orthodoxe Weise bereits erfolgt: in der Aufstellung einer Kampfposition gegen den Dienstherrn. Zwar gibt es verbindende Moment einer (noch zu entwickelnden) Reformkonzeption zur unmittelbaren Lehrermisere. Desto radikaler solche Reformziele allerdings sind, desto theoretischer wird dieser Zusammenhang. Ohne jede Spekulation läßt sich sagen, daß sich der Druck der Lehrer auf die Bildungspolitik zerstreut, die Gruppierung um die Arbeitsplatz- und Dienstprobleme hingegen zugenommen hat. Um dies zu konstatieren, reicht es aus, die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Fachgruppen, die für Reformpolitik zuständig sind, mit den Bezirks- und Schulgruppen zu vergleichen, die das unmittelbare Lehrerinteresse organisieren.

Die oben angeführte Notwendigkeit der Rekrutierung einer sozialen Basis der GEW, die die Autoren durch hinlängliche ‚Vermittlung‘ von Strategie und Taktik, und die Gewöhnung an Disziplin für möglich halten, verlangt hingegen kategorisch die Ausbreitung von Tätigkeit. Die ganze DGB- und Organisationsfrage spitzt sich zuguterletzt darauf zu, ob und wie die Tätigkeitsseite gefördert wird oder nicht.

Ausgehend von den vorhandenen Anlässen und Anfängen von Widerstandstätigkeit braucht das organisatorische Gewand einen bestimmten, angebbaren Zuschnitt. Während die Autoren die Lokalaautonomie für ein Relikt der Standesborniertheit erachten, war es gerade die Linke in Berlin, die nicht etwa zentralisiert, sondern ein bezirkliches Gewerkschaftsleben aufgebracht hat. Charlottenburg, das damit begann, hatte so den Sturz der Rechten bereits 2 Jahre vor dem analogen Vorgang auf Landesebene erreicht. Schöneberg und Spandau knüpften erfolgreich daran an und diese drei Bezirke bilden nicht zufällig das Rückgrat der heutigen Alt-GEW.

Worin bestand nun die Tendenz einer solchen Bezirksarbeit? In Charlottenburg begann

man eine monatliche Mitgliederversammlung einzuführen, ihre Beschlüsse in der Berliner Lehrzeitung abzudrucken, die Vorstandssitzungen explizit öffentlich zu machen und verstärkt Bezirksinfos herauszugeben. Der praktische Effekt solcher banal erscheinenden Maßnahmen ist 1. eine beschleunigte Kommunikation 2. ein Druck auf die Vorstände, den allgemein bekannt gewordenen Übeln zu begegnen und zwar in der den Betroffenen geeignet erscheinenden Form. 3. Eine allgemeine Bindung und Identifikation der Mitglieder mit der gewerkschaftlichen, d. h. ihrer eigenen Vorgehensweise im unmittelbaren Erfahrungsbereich.

Doch fordern solche Beziehungen – und das ist der neuralgische Punkt – die nachdrückliche Dezentralisierung der Entscheidungen. Man kann nicht unten debattieren und oben beschließen lassen. Andernfalls sieht das dann so aus, daß die Schulgruppe X dem Bezirksvorstand um Genehmigung für die Aktion Y angeht, der Bezirksvorstand den Landeshauptvorstand, der Landeshauptvorstand den Geschäftsführenden Vorstand, der Geschäftsführende Vorstand den Bundesvorstand und zuletzt wird in der Baracke nachgefragt. Kurz: man kann dieselben Dinge fordern und in der Wahl der Mittel und Wege die qualitativen Differenzen herstellen.

Des weiteren hat der bezirkliche Schwerpunkt sich aus der Verklammerung von Gewerkschafts- und Personalratsarbeit ergeben. Die starke Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse der Beamten verleiht den Personalräten eine prinzipiell starke Stellung, sofern ihre Möglichkeiten radikal ausgeschöpft werden. Der traditionelle Weg, der ‚vertrauensvollen Zusammenarbeit‘ der gewerkschaftlichen und ständischen Personalräte mit den Schulämtern (bzw. von Genosse zu Genosse) basierte auf Lehrermangel, der anstandslose Einstellungen, großzügige Beurlaubungen und relativ humane Prüfungssitten bewirkte. D. h., daß Interessenvertretung durch harte Verhandlungspolitik möglich war, die im Zeitalter der Arbeitslosigkeit und Massenüberprüfungen in Ohnmacht und Kollaboration umschlägt. Eine Rückkoppelung der Personalratsarbeit auf die Lehrerbasis erfordert einen laufenden Transfer von Informationen über die ‚Fälle‘, über Rechtsstandpunkte der Personalvertreter, über die Rechtsauslegungen und Verordnungspolitik des Dienstherren. Die berüchtigte ‚Schweigepflicht‘ kann dabei weit über das selbst von den Gewerkschaftern verinnerlichte Maß hinaus unterlaufen werden. (So haben linke Personalräte betroffene Zielgruppen brieflich über anhängige Maßnahmen der Behörde und ihre Abwehrmittel unterrichtet.) Umgekehrt braucht der Personalrat Kunde von den Ereignissen in den Schulen, d. h. ein bezirkliches Gewerkschaftsleben wie oben beschrieben. Selbst in Fällen, wo der Personalrat legaliter ohnmächtig ist, etwa in der zentralen Frage der Umsetzungen, läßt sich mit der Einberufung außerordentlicher Personalversammlungen wirksam Druck ausüben. Bedingung dafür ist eine geschickte Arbeitsteilung zwischen dem ‚offiziellen‘ Personalrat und der parteilichen Gewerkschaftsbasis. Eben solche Methoden haben die fortgeschrittenen Bezirke in Berlin verwandt, so daß die Autoren sich schon selber fragen müssen, warum sie sich unter der Parole der Basisgewerkschaft nichts näher vorstellen können.

Nehmen wir jedoch an, daß sie – abgesehen von ihrer Neigung, derartige Interessenkonflikte zu bagatellisieren oder im Ständischen anzusiedeln – dagegen keine prinzipiellen Einwände erheben und die Zentralisierung und Organisationseinheit mit der Arbeiterbewegung als schlagkräftige Abrundung des Ganzen empfehlen würden. Das soll konkret im Abschnitt über die Interpretation des Berliner Satzungskonflikts erörtert werden. Hier dazu soviel:

1. eine Zentralisierung wie die in der GEW angängige richtet sich den Intentionen nach gegen die Entscheidungskompetenzen und Handlungsspielräume der mittleren und unteren Ebene, nachprüfbar an den diversen Satzungsvorstellungen der Bundes-GEW. Deren Tendenzen weisen allemal auf eine Begrenzung der Anzahl der Mitgliederversammlungen und ihrer Beschlußfähigkeit hin. Begrenzung der Vertreterversammlungen (im 3-Jahresturnus), Begrenzung der Delegierten pro Mitglieder (d. h. straffere Zuspeisung der Repräsentation nach oben). 2. Besteht mit der Existenz der sog. Generalklausel (d. h. der unmittelbaren Geltung von Bundesbeschlüssen in den Landesverbänden) die Möglichkeit, entgegenlaufende Taktiken kurzerhand auszuschalten, sofern sie überhaupt zustandekommen. 3. werden die von unten sich entwickelnden Methoden, die gerade ihres beschränkten Charakters wegen einer intensiven Selbstverständigung und Selbstpropagierung bedürfen, ständig verbandspolitische Ordnungsvorstellungen und ideologische Zwangsbekennnisse aufgenötigt, so daß anstelle der organischen Zusammenfassung der Realprozesse ihre Eindämmung, Denunziation und Isolierung erfolgt. D. h. das genaue Gegenteil dessen,

was die Ideologie der Zentralisierung offeriert.

Zentralisierung als allgemeine gewerkschaftliche Organisationstheorie, gestellt auf eine real nicht vorfindliche, wenngleich kategoriell postulierte Einheit der Lohnabhängigen und gegen die faktische Vereinheitlichung der Erfahrungen und Erfahrungsräume erstarrt unwillkürlich zum blanken Spiegelbild der gegnerischen Zentralisierung, d. h. erbt auch dessen demoralisierende und repressive Tendenzen. Jeder Appell an die Disziplin gerinnt in diesem Kontext zur ‚Moral‘ im äußerlichen Sinne: zur Zwangsmoral. Disziplin ist natürlich nur im Rahmen selbstgewählter Aufgaben und nicht als auferlegter Gehorsam sinnvoll. Die Autoren, die die Disziplin als nötige Tugend stets bei der Hand haben, verlieren leider kein Wort über ihre Voraussetzungen. Das Disziplin unter Herrschaftsverhältnissen Kasernenhofcharakter gewinnt und die Kampferfolge, die sie bewirken soll, damit gefährdet, darf nicht zuletzt aus der Geschichte der Arbeiterbewegung entnommen werden.

III

Berliner Chronik

Den Satzungskonflikt erklären sich die Autoren wie folgt: Die Berliner GEW-Rechte, chancenlos auf demokratischem Wege zu einer Mehrheit zu gelangen, ergreift die in ganz anderen Zusammenhängen nötige Satzungsvereinheitlichung, um den linken Landesverband zu sprengen. Sie benutzt dazu die strategielose Verweigerungshaltung einer linken Teilfraktion, stimmt ihr listigerweise bei, um die Satzungsübernahme scheitern zu lassen, dem Bundesvorstand zum Ausschluß des Landesverbands zu nötigen und alsdann in einer gereinigten Neugründung die Führung zu übernehmen. Die neinsagende Linke, in Verkennung der oben angeführten Theoreme der Autoren rennt 1. ins offene Messer und weigert sich 2. den ausgeschlossenen Landesverband zu liquidieren und der Neugründung beizutreten. Stattdessen wählt sie eine politisch handlungsunfähige, von Ständesinteressen durchsetzte Sektensexistenz. Der aufgeklärtere Teil der Linken (SEW linke SPD und die FU-Fraktion des SB) tritt ungezwungen in die Neugründung ein, gibt ihr ein prinzipiell linkes Profil und ruft die linkssektiererischen Ständepolitiker zur Aufgabe ihrer Irrlehren und Gegenpäpste und Einkehr in den Schoß des DGB auf. Die ganze oben wiedergegebene Theoriebildung mündet schnurstracks und alternativlos in diesen Schritt. Rechts und links von diesem Pfad nur Sekte und Korporation.

Stellen wir uns der Abwechslung halber die Geschichte einmal anders vor. Als die Neue Linke, vertreten im linkssozialdemokratischen Kujawavorstand im Frühjahr 1974 die Mehrheit in der berliner Vertreterversammlung gewinnt, war dem in einigen Bezirken bereits die Konstitution einer gewissen sozialen Basis und einer Politik vorausgegangen, die – wenn auch ideologisch durchsetzt und vorgetragen – den Schulkonflikt und eine Kampfhaltung gegen den Senat von Berlin enthielt. Bereits die Wahl wurde vom scheidenden Vorstand, dem unterlegenen Kandidaten, dem GEW-Bundesvorsitzenden, vor allem aber der Berliner Presse mit Entsetzen und Demagogie registriert. Der bisherige Vorsitzende Schaeffer vertraute dem Spandauer Volksblatt an, wer unter gegebenen Verhältnissen 30 Kinder pro Klasse erkämpfen wolle, sei ein verkappter Staatsfeind.

Ziel der neuen Mehrheit war, die Konfliktstrategie in einem Lehrerstreik gipfeln zu lassen. Die Urabstimmung, die im Herbst 1974 stattfand, war jedoch nur zur Hälfte aus der Strategie der Linken geboren. Zum anderen Teil war sie vom Schulsenator Löffler provoziert worden, der darauf abstellte, die GEW-Führung in einer verfrühten Aktion scheitern zu lassen und den Lehrern als politische Abenteuerer zu präsentieren, die sie um Kopf und Kragen brächten.

Der Plan gelang und mißlang zugleich. Der linke Vorstand überschätzte krass die Kampfkraft der Lehrermassen, genauer gesagt, die Relation der bereits gewonnenen sozialen Basis zum passiven Mitgliedersockel. Löffler demonstrierte seine Stärke und die Ohnmacht der Lehrer. Doch statt daß die geschlagene Linke hinweggefegt worden wäre, nahm sie auf der folgenden Vertreterversammlung (Dez. 74) Resolutionen zur Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und gegen die Schulpolitik des Berliner Senats an. Löffler und eine Handvoll Schullehrer und Rektoren rechneten nun darauf, im Handstreich eine neue GEW hochzuziehen, damit Massenaustritte aus der alten einzuleiten und den Rumpfvorstand sodann aufzureiben.

Frister beschwor die Berliner SPD in einem Fernschreiben, diesen Plan fallenzulassen

und versprach, mit Hilfe der Bundesorganisation den linken GEW-Vorstand durch eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse aus dem Sattel zu heben. Er setzte die Neuwahl der Vertreterversammlung nach einem Wahlmodus durch, der auf die Stimmen der schweigenden Mehrheit spekulierte. Dieser Versuch mißglückte; die Vertreterversammlung erhielt eine noch umfangreichere linke Mehrheit. Im Sommer 75 stand die Abstimmung über die Übernahme der Bundessatzung ins Haus, welche ermöglichte, abweichende Landespolitik inhaltlich zu bremsen.

Lokale gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, ohne Rücksicht auf die Handlungsspielräume sozialdemokratischer Politik; die Herausbildung stets agierender lokaler Grundeinheiten; der Verlust der zu Verhandlungen wertvollen oberen Schul- und Kultusbürokratie und die spektakuläre Inthronisation linker Landesvorstände: all das waren Entwicklungen, die den Regierungsinteressen der SPD ins Gesicht schlugen und die christdemokratische Gegenaufklärung nährten. Keine andere Gewerkschaft geißelte ähnlich die Reformunfähigkeit, mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Kapitalabhängigkeit der Sozialliberalen. Die Bundessatzung nun enthielt die Instrumente, zur bedarfsweisen Anpassung der gesamten GEW-Politik an das dem demokratischen Staate Zumutbare.

Doch drehte sich die Satzungsdebatte nicht um die Satzung – die mehrheitlich negativ betrachtet wurde – sondern die mehr oder minder offen daran geknüpfte Erpressung: Übernahme oder Ausschluß, aus GEW und DGB. Die Klage der Kollegen Förderreuther und Co wandte sich gegen die satzungsbeugende, erpresserische und intrigante Art, mit der der Bundesvorstand zu Voten zwang, die anders nicht erreichbar gewesen wären. (Der Klageweg zwang nicht etwa der berliner Mehrheit die Konfrontation auf, denn deren Konfrontationswille war durch die Urteile um kein Jota gewachsen; vielmehr nötigten die Urteile den Bundesvorstand zur Mäßigung seines eigenen Konfrontationskurses, der unabhängig von der Satzungsfrage, berliner Mehrheitsverhältnisse zu vergewaltigen suchte.)

Neben dem Tauziehen um die Satzung unterstützte der Bund die Herausbildung eines gewerkschaftlichen Parallelapparats der rechten Opposition mit dem Zweck, mittels der bevorstehenden neuen Satzungs Kompetenzen beim nächstbesten Konflikt einen kalten Machtwechsel zu bewerkstelligen. Der Parallelapparat wurde vom Bund mit einem eigenen Mitgliederstatus versehen, der bei dem erhofften Zustrom der schweigenden Mehrheit einer solchen Operation die demokratische Legitimation verliehen hätte. Vertrat doch Frister die Auffassung, der demokratische Mechanismus sei in Berlin gestört und bedürfe der Intervention von oben. Eine bekannte Denkgfigur.

Halten wir hier fest, daß alle Pläne zur Zerschlagung der Linken (die ihren Schwerpunkt in der Berliner Vertreterversammlung besaß) sich in der Absicht glichen, sie einem Mitgliederaufstand auszusetzen und von ihm hinwegfegen zu lassen. Indessen stellte sich heraus, daß dies mit einer recht vom Berliner Vorstand angesiedelten Politik und deren Träger stets mißlang. Mit dem letztgenannten Anlauf war die seinerzeit der SPD gemachte Zusage, die Mehrheitsverhältnisse durch Bundesintervention zu ändern, gescheitert. Die Satzungsübernahme, vom Gericht inzwischen als Selbstauflösung des Berliner Verbandes deklariert und einer 3/4 Mehrheit bedürftig, verfolgte Frister, der diese Mehrheit für un erreichbar ansah, von nun an nur noch als den Auslöser der Spaltung.

Mit dem Ausschluß der GEW-Berlin aus der Bundes-GEW und dem DGB stellte sich für die Vertreterversammlung eine Reihe schwer zu beantwortender Fragen: 1. nach dem maßfählichen Charakter der neuen GEW bei einem geschlossenen Übertritt, 2. wer kommt überhaupt hinein? Frister-Sprüche wurden kolportiert, daß die Neinsager zur Satzung natürlich draußen blieben. 3. würde ein außerhalb des DGB befindlicher Lehrerverband vom gegebenen Fraktionspektrum der Linken politisch getragen werden können, oder nach Verlust des äußeren Gegners sich innerlich zerfleischen? Die Beteiligung der K-Gruppen ließ Düsteres vermuten, 4. würde ein autonomer Verband überhaupt noch eine Massenmitgliedschaft binden können? Oder nicht viel mehr im Laufe und mittels seines Schrumpfungprozesses der Kriminalisierung verfallen? d. h. die Schutzfunktionen einbüßen, um derentwillen er überhaupt existiert?

Waren diese Fragen seinerzeit kaum klar zu beantworten (und wurden dann auch eher von der objektiven politischen Dynamik entschieden) weiß man es mittlerweile genauer. Vor allem schält sich ein Moment heraus, das die Autoren zu verkennen scheinen: maßgeblich waren

die Optionen der Linken selbst, die seit Jahren das Subjekt des Geschehens darstellten. Nicht in Gestalt einer Plattform, eines Bündnisvertrags oder staatspolitischer Errungenschaften; vielmehr in der durchgängigen Erhaltung eines Handlungsrahmens der Lehrer gegen alle Versuche ihrer Einbindung in die Vorstands- und Staatsraison. Die gleiche Frage, die innerhalb der letzten Jahre periodisch aufgeworfen war, stand nun in äußerst zugespitzter Form an. Fortsetzung und Erweiterung eines gewissen Typus gewerkschaftspolitischen Verhaltens – nicht fest umrissen, aber Erfahrungstatsache – oder Unterstellung unter eine total diskreditierte Zentrale aus ideologischen bzw. generalstrategischen Rücksichten.

Die unverändert anstehende Alternative hat zwei Verbände im Verhältnis 2 : 1 (8 900 Mitglieder der Alt-GEW; 3 800 GEW-DGB erbracht.) Allerdings bindet der DGB-Verband den Großteil seiner Leute nicht durch das Charisma Fristers und Sickerts sondern den Übertritt wesentlicher Vertreter der linken Berliner GEW-Politik. Bleibt zu erklären, was ihnen die beschränkte, jedoch vorhandenen politischen Spielräume sichert?

Sehen wir in der Neugründung die jahrelang verfolgte Intention, einen sich links entwickelnden Landesverband auf den rechten Kurs zu drängen (nunmehr unter satzungstechnisch verbesserten Bedingungen) dann unterliegt sie auch dem alten Problem der Mehrheit, d. h. jetzt der deutlich mitgliederstärkere, wenn nicht einzige Verband zu sein. Es liegt auf der Hand, daß jedes Ansetzen von Daumenschrauben den DGB-Verband postwendend seinen linken Flügel kosten würde. Sofern sich dieser – was naheliegt – mit dem Alt-Verband vereinigen würde, wäre 1. der fürchterliche Beweis erbracht, daß letzterer die legitime gewerkschaftliche Vertreterin der Berliner Lehrer ist und 2. eine ernstzunehmende Gewerkschaftstätigkeit im DGB-Verband erstorben. Die Fristersche Taktik in Hessen und Hamburg deutet an, 1. daß ein weiteres Modell Berlin vermieden werden soll (Hessen), 2. daß linke Separatpolitik weiterhin gebremst wird (Hamburger Urabstimmung) Die Eindämmung der linken Opposition in Berlin-Hamburg-Hessen hat im Berliner Schisma ein zentrales taktisches Kalkül. Die im Fristerschen Sinne maximale Fehlentwicklung wäre ein vereinigter linker Separatverband in Berlin, der sich dem Radikalisierungsprozeß der Lehrer anzupassen wüßte. Denn dies würde ihn bei seiner Bremspolitik in den übrigen Landesverbänden genau der Erpressung auf Abspaltung aussetzen, die er selbst gewöhnlich verhängt. Im Vergleich dazu ist eine zeitweilige Minderheitsopposition ohne Alternative leichter zu handhaben).

Was weiterhin also gilt, ist die bisherige Regel, daß es der Autonomiestatus einer von Regierungen- und Vorgesetztenzwängen ausgekoppelten Politik ist, der eine strikte Interessenvertretung erlaubt. Wohlgermerkt ist die Existenz der Alt-GEW noch keine Alternative sondern eine Möglichkeit dazu. Ihre Verwirklichungschancen hängen kurzfristig von drei inneren Momenten ab: 1.) Muß sie ein politisches und soziales Leben in ihren Reihen entfachen, das sich von den Repräsentativformen der tradierten Partei- und Gewerkschaftsstruktur abhebt; auch wenn dies eine gewisse politische Diffusion erzeugt. Was zählt ist die Verallgemeinerung von Tätigkeit, danach die Vereinheitlichung. 2. muß sie die Rahmenbedingungen ihres Handels einem demokratischen Konsens unterwerfen und ihn durchsetzen; zu beziehen auf die K-Gruppen. 3. sollte sie die Fragen der Fusion mit der GEW-DGB nicht organisationstechnisch, sondern strikt zielbewußt betrachten. Unter welchen Dächern auch immer, muß eine Fusion der Durchführung radikal-demokratischer Interessenpolitik subsumiert werden; sonst war's ein Schildbürgerstreich.

In einem Satz gesagt, erscheint der Berliner GEW-Konflikt als klassisches Modell des Falles, daß die Linke mal eine Mehrheit hat. Obendrein läßt er erkennen, wie man sich selber darum bringen kann. Hier in der Form, daß eine Linksfraktion – statt ihre Handlungskompetenz wahrzunehmen – ein Gewerkschaftsidol ausheckt, demgegenüber die Gewerkschaftswirklichkeit allein in Formen der Rechts-Linksabweichung faßbar ist, die man nun fachmännisch zusammenschließen sucht. Da das Idol sonst keinen berührt, zersetzt es nur *die* Einheit, die vorhanden und handlungsmächtig war: der linken GEW-Berlin. Bleibt abzuwarten was es orakelt zum Hamburger Streikverbot, das Frister (mit Unterstützung seiner Berliner Unteroffiziere) über 80 % der GEW-Lehrer verhängt hat, die ihre Privilegien retten wollten: Der Apparat läßt bitten.